

## EU will Chinas Unterstützung bei Sanktionen gegen Russland

***Der Block drohte damit, 13 Unternehmen, die mit Moskau Geschäfte machen, „beim Namen zu nennen und zu beschämen“.***



Der chinesische Präsident Xi Jinping (Mitte) empfängt die Präsidentin der EU-Kommission von der Leyen (R) und den Präsidenten des EU-Rates Charles Michel in Peking, 7.12. 2023.

Die EU wird möglicherweise mehr als ein Dutzend Unternehmen mit Sitz in China identifizieren und sanktionieren, weil sie Russland mit Gütern beliefern, die im Ukraine-Konflikt verwendet werden könnten, so die Staats- und Regierungschefs der EU vor Reportern in Peking.

Die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, und der Vorsitzende des EU-Rates, Charles Michel, waren am 7. Dezember in China und trafen dort mit Präsident Xi Jinping und Premierminister Li Qiang zusammen.

Von der Leyen sagte, sie habe Xi gedrängt, „alle Versuche Russlands zu verhindern, die Wirkung der Sanktionen zu untergraben“. Michel überreichte dem chinesischen Staatschef eine Liste mit 13 Unternehmen, die von der EU beschuldigt werden, Güter mit doppeltem Verwendungszweck an Russland zu verkaufen, und forderte ihn auf, sich „unverzüglich“ mit dem Problem zu befassen, so *Politico EU*.

„Wir haben eine Liste von Unternehmen identifiziert, die im Verdacht stehen, eine Rolle bei der Umgehung unserer Sanktionen zu spielen“, sagte Michel nach dem Gipfel vor Reportern. „Wir hoffen aufrichtig, dass wir heute angehört werden und dass China dann die entsprechenden Maßnahmen ergreifen wird.“

„Wenn Peking nicht gegen die Unternehmen vorgeht, könnte die EU sie an den Pranger stellen und „die Mitgliedstaaten werden entscheiden müssen, welche weiteren Maßnahmen zu ergreifen sind“, so Michel.

Die USA und ihre EU-Verbündeten haben wegen des Ukraine-Konflikts Sanktionen gegen Russland verhängt und Milliarden Euro und Dollar zur Unterstützung der Regierung in Kiew bereitgestellt,

obwohl sie betonen, nicht direkt an den Feindseligkeiten beteiligt zu sein. China weigert sich jedoch, das Embargo mitzutragen, und verurteilt es als „einseitige Maßnahmen“.

„China ist gegen Verstöße gegen die Grundprinzipien der Marktwirtschaft und dagegen, Wirtschafts- und Handelsfragen zu politisieren oder zu Sicherheitsthemen zu machen“, sagte Li nach dem Treffen mit Michel und von der Leyen. Er fügte hinzu, dass Peking „hofft, dass Europa bei der Einführung restriktiver Handelspolitiken und der Anwendung handelspolitischer Abhilfemaßnahmen zurückhaltend sein wird“.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, ging bei der regelmäßigen Pressekonferenz am Freitag nicht auf die Sanktionsdrohung ein. Er äußerte sich jedoch zu den Sorgen der EU über das wachsende Handelsdefizit mit China, das sich zwischen 2020 und 2022 auf fast 400 Milliarden Euro verdoppelt hat.

„Das Ungleichgewicht ist das Ergebnis des makroökonomischen Umfelds, der internationalen Handelsbedingungen und der Industriestrukturen beider Seiten“, sagte Wang vor Reportern und wies darauf hin, dass der Anstieg des Defizits „weitgehend durch Energiepreise und geopolitische Faktoren beeinflusst“ wurde. Die EU sieht sich mit explodierenden Energiekosten konfrontiert, nachdem sie beschlossen hat, die Einfuhr von russischem Öl und Erdgas zu verbieten.

„China ist nicht schuld an den unzureichenden Impulsen für das industrielle Wachstum der EU, und die EU sollte dies nicht als Vorwand für protektionistische Maßnahmen nehmen“, sagte Wang und fügte hinzu, dass die EU, wenn sie das Ungleichgewicht verringern wolle, „die Exportbeschränkungen für High-Tech-Produkte lockern“ könne.